

# sozialdemokratischer pressediens

Pf. XXV/226

30. November 1970

Der Bundesrat und die Parteien

---

Ein sachliches Wort zu aktuellen Vorgängen

Von Bürgermeister Hans Koschnick  
Präsident des Senats der Freien Hanse-  
stadt Bremen und Präsident des Bundesrates

Seite 1 bis 3 / 126 Zeilen

Nützt die dritte Autobahnspur?

---

FKW-Fahrer lassen verbesserte Verkehrs-  
möglichkeiten außer Acht

Von Horst Seefeld SPD-MdB  
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses  
für Verkehr

Seite 4 / 37 Zeilen

Leistungen und Perspektiven

---

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverant-  
wortung

Prof. Dr.-Ing. Hans Leussink: Bildung und  
Wissenschaft

---

Seite 5 bis 6 / 157 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-220  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 026 246/806 047/  
026 248 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Der Bundesrat und die Parteien

---

Ein sachliches Wort zu aktuellen Vorgängen

Von Bürgermeister Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen  
und Präsident des Bundesrates

Es hat in letzter Zeit nicht an Versuchen gefehlt, den Bundesrat, die Vertretung der Länder, in eine Vertretung der Parteien unzufunktionieren. Mag dem einen oder anderen diese Entwicklung auch unausweichlich erscheinen: es gibt viele gute Gründe, sich diesem Versuch und dieser Versuchung energisch zu widersetzen.

Der Bundesrat ist Ausdruck unserer föderalistischen Staatsordnung. Die Länder haben keinen Anlaß, das Prinzip des Föderalismus selbst - freiwillig oder unter dem Druck parteitaktischer Erwägungen - in Frage zu stellen. Sie würden damit auf ein Stück Gewaltenteilung verzichten, das aus gutem Grund in unserem Grundgesetz verankert worden ist.

Es sprechen gegen die Abwehr des Versuches, den Bundesrat als Instrument des politischen Kampfes zu gebrauchen bzw. zu mißbrauchen, aber auch andere, sehr nüchterne Überlegungen.

Wir leben in einer sich wandelnden Welt. Je stärker die Fortschritte in Naturwissenschaft und Technik unser Leben beeinflussen, je höher die Ansprüche der industriellen Leistungsgesellschaft werden, je deutlicher die damit verbundenen sozialen Wandlungen zutage treten: umso größer werden auch die Ansprüche des Bürgers an den Staat. Immer mehr Aufgaben werden auf die staatliche und die kommunale Verwaltung übertragen. Immer mehr Leistungen - sei es nun der Bereich der Stadterneuerung, der Erziehung und Bildung, der Gesundheit, des Verkehrs oder des Umweltschutzes - müssen kollektiv finanziert werden. Die Investitionen der öffentlichen Hand beeinflussen mehr denn je das persönliche Wohlergehen des einzelnen. Politisches Handeln kann also nicht länger allein von der Überlegung bestimmt werden, wie individuelle Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen zu erfüllen sind - es muß sich vielmehr

wo der Kompromiß zur Immobilität zwingt oder wo er wegführt von dem jeweils für politisch notwendig Erachteten.

Der Umfang des aufeinander abgestimmten Verhaltens von Bund, Ländern und Gemeinden wird unterschiedlich sein können. Gerade im Bundesrat, aber nicht nur hier, sollte systematisch untersucht werden, welcher Grad an Koordination den größten Erfolg verspricht. Eine institutionelle Verankerung, wie sie in einigen Bereichen, beispielsweise im Hochschulwesen, bereits besteht, wird nicht überall notwendig sein. Sorgfältige Abstimmung wird hingegen bei allen politischen Aktionen nützlich sein, die Bund und Länder - oder mehrere Länder - berühren.

Relativ einfach zu lösen dürfte in diesem Zusammenhang die Frage nach einer eindeutigen Kompetenz- und Aufgabenverteilung sein. Es ist zu begrüßen, daß die Kommissionen des Bundestages und der Bundesregierung zur Verfassungsreform, in der die Vertreter der Länder mitarbeiten werden, die Funktionsbegrenzung neu überdenken wollen. Mir scheint, auch in der öffentlichen Diskussion sollte dieser Gesichtspunkt die Beachtung finden, die er verdient; leider wird sie zur Zeit fast ausschließlich von der gebietlichen Neugliederung mit dem Ziel beherrscht, einige wenige große Bundesländer zu schaffen. Eine befriedigende Koordination zwischen Bund und Ländern hängt jedoch nach meiner festen Überzeugung nicht ausschließlich von der Zahl der Länder ab.

An den als notwendig erkannten Veränderungen in unserer Gesellschaft wird der Bundesrat, dessen bin ich sicher, auch in Zukunft in der bewährten Gründlichkeit und Nüchternheit mitwirken. Das Fachwissen und der politische Wille seiner Mitglieder stützen dafür, daß vernünftige Vorschläge unterstützt oder sachgerechte Alternativlösungen erarbeitet werden. Kein ernsthaftes oder mutiges Experiment sollte deshalb von der Ländervertretung aus wie immer gearteten egoistischen Gründen blockiert werden, solange es demokratisch verwirklicht wird. Im Gegenteil: Der Bundesrat muß bereit sein und wird bereit sein, zusammen mit Bundestag und Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland jene Lebensverhältnisse zu schaffen, die der modernen Industriegesellschaft adäquat sind.

Dazu bedürfen auch die Länder der Mithilfe aller Bürger. Nur dann, wenn jeder einzelne politische Einsicht und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft beweist, können die sich bietenden Chancen genutzt werden.

Auf der anderen Seite werden wir Politiker uns davor zu hüten haben, wegen kurzfristiger politischer Erfolge unter dem angeblichen Druck der Wähler oder dem tatsächlichen gewisser Interessengruppen, die langfristigen Aufgaben der Politik aus den Augen zu verlieren. Leider haben sich im Bundestag tiefe Gräben zwischen den Parteien aufgetan. Dem Bundesrat aber sollte diese Polarisierung des politischen Lebens nicht daran hindern, unvoreingenommen und konstruktiv an allen Reformvorhaben mitzuarbeiten, mögen seine Mitglieder auch in Einzelfragen unterschiedlicher Meinung sein. Politik hat eine dienende Funktion. Sie dient dem Menschen, dem einzelnen wie der Gesamtheit. Wer daran glaubt, dem wird - ungeachtet aller parteipolitischen Differenzierungen - immer sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich und selbstverständlich sein.

### Nützt die dritte Autobahnspur!

PKW-Fahrer lassen verbesserte Verkehrsmöglichkeiten außer Acht.

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Eine Teilorganisation eines großen deutschen Automobilclubs äußerte vor kurzem ihre Bedenken über die von Bundesverkehrsminister Georg Leber und seinen Straßenbauern mit Nachdruck betriebene Verbreiterung der Bundesautobahnen auf drei Spuren, zusätzlich Standspur. Die Ausgaben für diese gewaltigen Baumaßnahmen an unserem fast fünftausend Kilometer langen Autobahnnetz seien "für die Katz", denn die dritte Spur werde ja doch kaum genutzt.

In dieser Auffassung steckt Resignation und Vorwurf: Resignation über die deutschen Autofahrer und ihre Angewohnheit, sich vorwiegend auf der linken Fahrbahn zu bewegen. Vorwurf an den Minister, Fahrbahnen zu bauen, die vom Verkehr nicht angenommen werden.

In der Tat kann man als Benutzer der Bundesautobahnen oft genug über die Tatsache verzweifeln, daß die rechte Fahrbahn besonders beim LKW-arken Wochenend- und Feiertagsverkehr nicht genügend befahren wird. Dummer wieder muß beklagt werden, daß sich die PKW-Fahrer auf der Mittel- und der linken Fahrbahn gegenseitig überholen und jagen, während eine dritte Spur fast leer und kaum benutzt, vernachlässigt wird. Es scheint bei manchen Fahrern noch die Furcht vor der dritten Spur, gemischt mit der Annahme vorhanden sein, daß dieser Straßenteil nur dem schweren Lastkraftwagen vorbehalten sei. Das ist natürlich völlig falsch und man kann nur an alle Autobahnbenutzer appellieren: Benutzt alle drei Spuren, denn sie sind zur Entlastung und zum flüssigen Verkehrsablauf für alle Fahrzeuge geschaffen worden.

In Beantwortung einer Parlaments-Anfrage hat die Bundesregierung jetzt mit ersten Zählergebnissen die landläufige und sich im Verkehrsgebümel immer wieder aufdrängende Meinung über die Vernachlässigung der dritten Spur korrigiert. Auf dem sechs-spurigen Abschnitt Köln - Leverkusen verteilten sich die Fahrzeuge in einer Richtungsfahrbahn zu 26 vH. auf die rechte, zu 39 vH. auf die mittlere und zu 35 vH. auf die linke Spur. Diese Zahlen können allerdings insofern trügen, als sie vermutlich während eines normalen Werktages ermittelt sein dürften. Wenn PKW-Fahrer unter sich die Autobahn bevölkern, gelten im allgemeinen die zuvor genannten Beanstandungen über die geringe Benutzung der rechten Fahrspur.

Es wäre wünschenswert, wenn die Vernunft bei aller Autofahren einkehren und Rechtsfahren für jedermann auf den Bundesautobahnen Selbstverständlichkeit werden würde.

## Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung (10)

### Prof. Dr.-Ing. Hans Leussink: Bildung und Wissenschaft

Reformen in Bildung und Wissenschaft wirken langfristig. Hier wird die Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt, für die Verwirklichung der sozialen Demokratie geschaffen. Was wir heute tun, wird seine volle Wirksamkeit erst später, zum Teil erst in zehn bis 20 Jahren, entfalten. Gerade deshalb ist die Bildungs- und Wissenschaftspolitik entscheidend für die Zukunft unseres Landes; aber dies ist auch der Grund großer Schwierigkeiten, weil die Bildungspolitik sich immer wieder gegenüber den besser überschaubaren, weil kurzfristiger Erfolge versprechenden Unternehmungen in den anderen Gebieten der Politik durchsetzen muß.

Der Wiederaufbau nach dem Kriege war zu einseitig: Kurzfristige Erfolge haben den Blick dafür verstellt, daß eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Infrastruktur in Bildung und Wissenschaft die Voraussetzung dafür ist, daß ein Land im gesellschaftlichen und industriellen Wettbewerb auf die Dauer bestehen kann. Eine demokratische Gesellschaft braucht Menschen, die bereit und fähig sind, sich zu engagieren, kritisch mitzudenken, Alternativen zu entwickeln.

Die Leistungsgesellschaft, die heute häufig in Frage gestellt wird, ist noch gar nicht verwirklicht: Große Teile der Bevölkerung haben nur geringe Chancen, mit anderen fair in Leistungswettbewerb zu treten. Chancengleichheit, die zentrale Forderung des Grundgesetzes, ist noch nicht annähernd verwirklicht.

Die Bundesregierung hat ihre Konzeption für die Reform des Bildungswesens mit dem Bildungsbericht vorgelegt. Durchlässigkeit und Chancengleichheit sollen in der Gesamtschule gesichert werden. Die Vorschulenzziehung soll soziale Schranken abbauen helfen. Die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung soll überwunden werden: In der Gesamtschule werden studienbezogene und berufsbezogene Ausbildung unter einem Dach verbunden. Alle Lehrer sollen ein wissenschaftliches Studium absolvieren. Sie werden gezielt für die Lehraufgaben in den drei Stufen des Schulbereichs ausgebildet. Durch Weiterbildung kann jeder Lehrer zusätzliche Lehrbefähigungen erwerben.

Chancengleichheit soll auch zwischen den Generationen bestehen: Die Weiterbildung soll als vierter Bereich mit dem

Bildungswesen verbunden und ausgebaut werden.

Die Hochschule der Zukunft ist die integrierte Gesamthochschule. Reformen der Studiengänge und der Lehrkörperstruktur sind Voraussetzungen für Leistungsfähigkeit und Expansion des Hochschulbereichs. Im Jahre 1975 werden 680.000 Studenten im Gesamthochschulbereich studieren, heute sind es 450.000. Das Hochschulrahmengesetz fördert die Reform und gibt Impulse für die Arbeit der Hochschulen an der Fortentwicklung ihrer Strukturen. Nach einer sehr breiten öffentlichen Diskussion auf der Grundlage von "Thesen zum Hochschulrahmengesetz" wurde ein erster Referentenentwurf am 1. Juli veröffentlicht. Der Gesetzentwurf wird Anfang Dezember im Bundeskabinett beraten und dem Parlament nach Möglichkeit noch in diesem Jahr zugeleitet werden.

Seit Jahresbeginn wird das Schnellbauprogramm für die Hochschulen durchgeführt. Mit dem Schnellbauprogramm werden in den Jahren 1970 und 1971 zusätzlich zum Normalbauprogramm Arbeitsplätze für mehr als 30.000 Studierende entstehen. Die Fördermittel des Bundes für den Hochschulbau insgesamt sind in diesem Jahr um fast 60 vH. auf fast eine Milliarde DM gesteigert worden.

Die Baumaßnahmen lindern die Raumnot an den Hochschulen. Der Numerus clausus kann aber nur im Zusammenwirken von Baumaßnahmen, Erweiterung des Lehrkörpers und durch strukturelle Reformen abgebaut werden. Ein Graduiertenförderungsprogramm wird vorbereitet, durch das 1971 erstmalig 5.000 Stipendien für den wissenschaftlichen Nachwuchs bereitgestellt werden sollen. Bis 1974 wird sich diese Zahl voraussichtlich auf 20.000 erhöhen. So wird sichergestellt, daß neue Bauten an Hochschulen nicht ungenutzt bleiben, weil Hochschullehrer fehlen.

Am 6. Mai 1970 hat das Bundeskabinett beschlossen, eine Bundesanleihe für Bildungszwecke in einer Größenordnung von einer Milliarde DM aufzulegen. Ein erster Teilbetrag wird noch in diesem Jahr zur Zeichnung angeboten. Der Staat kann mit Anleihen heute schon Projekte finanzieren, die er aus dem Steueraufkommen erst später beginnen und bezahlen könnte. Reform und Expansion im Bildungswesen sind so dringend, daß volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch schwerer Schaden entstehen würde, wenn man weiter zögert.

Schwerpunkte neuer Initiativen in der Wissenschaftsförderung lagen im Jahre 1970 vor allen im Bereich der Grundlagenforschung, der Datenverarbeitung, der Neuen Technologien und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit. In der Kernforschung hat die Bundesrepublik bereits beachtliche Erfolge aufzuweisen. Diese Erfolge müssen gesichert werden, neue

Entwicklungslinien werden gefördert. Gezielte Förderung in Schlüsselbereichen der Wissenschaft stärkt auch die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft als Grundlage gesellschaftlicher Reformen. Besonders schwierig sind die Arbeiten an Entscheidungsmodellen für Prioritäten der Forschungsförderung. Ein Abschluß dieser Arbeiten ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Strukturelle Reformen wurden eingeleitet in der Beratung durch Wissenschaftler bei den Entscheidungen staatlicher Institutionen. Das Beratungswesen muß durchsichtiger und der Öffentlichkeit zugänglicher gemacht werden.

Aber auch im Bereich der staatlichen Forschungszentren müssen veraltete Strukturen abgebaut und neue Energien freigesetzt werden. Leitlinien hierzu liegen vor. Besonders wichtig:

- Die Zuordnung der Zentren zur staatlichen Verwaltung wird neu geregelt. Die Zentren gewinnen mehr innere Autonomie.
- Die Mitwirkung aller Mitarbeiter an den Entscheidungen durch gewählte Vertreter wird gesichert.

Die gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern im Bereich von Bildung und Wissenschaft hat in diesem Jahr viele Impulse vom Bund erhalten. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung ist am 29. Juli 1970 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Die Kommission wird im Dezember 1970 eine erste Grob- skizze für den Bildungsamtplan beraten. Bildungsgesamtplan und Bildungsbudget als Richtschnur für die Reformen sollen im Mai 1971 vorliegen. Dann werden die Parlamente in Bund und Ländern entscheiden müssen, wie und in welchem Umfang die geplanten Reformen im Bildungsbereich durchgeführt und vor allem auch finanziert werden sollen.

Die Arbeiten am Bildungsgesamtplan und am Bildungsbudget werden einen großen Teil der Arbeitskraft im nächsten Jahr beanspruchen. Die Förderung der Wissenschaft wird darüber nicht vernachlässigt werden. Ähnlich dem Bildungsbericht wird der Forschungsbericht IV, welcher im Herbst 1971 vorgelegt werden soll, nicht nur eine Analyse des Ist-Zustandes und seiner Mängel, sondern auch die Zielvorstellungen der Bundesregierung zur gesamten Forschungspolitik enthalten. Dazu gehören

- die Entwicklung von Leitlinien der Forschungspolitik, wobei die Forschung im Dienst gesellschaftlicher Aufgaben besonders zu berücksichtigen ist,
- der Ausbau der Forschungsförderung,
- die Konzeption neuer Strukturen im Forschungsbereich,
- die Verbesserung der Information und Planung in der Forschung,
- die sinnvolle Zuordnung nationaler Aktivitäten zu inter-

nationalen Vorhaben in Europa und in der Welt.

Detaillierte Förderungsprogramme für Datenverarbeitung und Neue Technologien sind auszuarbeiten. Datenverarbeitung und Informatik beeinflussen und verändern nahezu alle Bereiche der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Auch hier bedeuten Zögern und langsame Entwicklung Rückschritt.

Neue Technologien: Entwicklung "sauberer" technischer Verfahren, biomedizinische Techniken, neuartige Verkehrs- und Kommunikationssysteme. Hier gestaltet Forschung die Umwelt von morgen. Überall im Bereich Neuer Technologien gibt es Projekte mit hohem technisch-wirtschaftlichem Erfolgsrisiko. Solche Vorhaben muß der Staat unterstützen, wenn er öffentliche Zukunftsaufgaben bewältigen und den Fortschritt sichern will.

Die Forschung für den Umweltschutz muß verstärkt werden. Die schädlichen Folgen der Technik müssen mit der Technik bekämpft werden.

Das mittelfristige Programm für die Meeresforschung muß kritisch überarbeitet und fortgeschrieben werden. In der Weltraumforschung soll die internationale Zusammenarbeit verstärkt und gestrafft werden.

Bei allen Planungen muß sichergestellt sein, daß durch die Förderungsprogramme nicht Verluste sozialisiert, die Gewinne hingegen privatisiert werden. Neue, gesellschaftsbezogene Forschungsgebiete - Friedens- und Konfliktforschung, Zukunftsforschung - sollen verstärkt gefördert werden. Erste Ansätze dazu sind vorhanden. In Bildung und Wissenschaft wieder in die Spitzengruppe zu kommen, ist ein großes Ziel. Man kann es nicht von heute auf morgen erreichen. Aber es ist ein Ziel, das Einfallsreichtum, Initiative und harte Arbeit erfordern, um erreicht zu werden.